

**Nico Scuteri (Mobiles Beratungsteam)**  
**Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung - Demos**

**Referat zur Informationsveranstaltung im Marie-Curie-Gymnasium in  
Hohen Neuendorf am 28.03.07**

Ich habe lange überlegt was ich Ihnen heute Abend zum Thema Rechtsextremismus im Landkreis Oberhavel Erzähle. Ich muss ihnen gestehen, dass es mir ungewöhnlich schwer gefallen ist und ich mein Referat mehrmals von grundauf verändert habe. Seit über fünf Jahren widme ich mich ziemlich intensiv der Thematik Rechtsextremismus und Demokratieförderung und bin als Berater in den Landkreisen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel tätig. Selbstverständlich könnte ich ihnen einiges über Rechtsextreme Strukturen in dieser Region erzählen. Ich habe aber in den fünf Jahren die Erfahrung gemacht, dass die wahren Experten die Menschen vor Ort sind. Wenn Sie, die hier alle Versammelt sind, ihre Wahrnehmungen zusammentragen, dann würde ganz sicher ein ziemlich umfassendes Bild von der Situation hier vor Ort zustande kommen. Aufgrund dessen habe ich mich entschlossen ein wenig allgemeiner auf das Thema einzugehen und vielleicht ein paar Impulse in die Runde zu geben.

*„Früher“* – kriege ich oft zu hören -, *„als die Welt noch in Ordnung war und alle Arbeit hatten, da gab es kaum Probleme mit Rechtsextremismus“*. **Wirklich?**

Als mein Vater als Italienischer Gastarbeiter Anfang der sechziger Jahre ins damalige Westdeutschland kam, warteten die Arbeitgeber bereits am Bahnhof und schnappten ihn sich bevor er überhaupt vernünftig aus dem Zug steigen konnte. Wenn er allerdings am Abend nach der Arbeit ausging, stand er nicht selten vor geschlossenen Türen, viele Gasstätten hatten damals Schilder mit der Aufschrift „Zutritt für Hunde und Ausländer verboten“ angebracht.

Guckt man sich die Mitgliederzahlen rechtsextremer Parteien und Organisationen an, so ist deren Zahl heute nicht wesentlich höher als damals in den 60ziger Jahren, von dem rechtsextremen Einstellungspotenzial in der „normalen“ Bevölkerung ganz zu schweigen. Viele waren damals der Meinung, dass sich der Rechtsextremismus von selbst erledigen wird: *„Wenn die Altnazis erst einmal alle ausgestorben sind, dann hat sich das Problem erledigt“*. Von den sog. „Altnazis“ gab es ja schließlich noch eine ganze Menge in den sechziger Jahren.

In der DDR hingegen, gab es sowieso kein Rechtsextremismus – der war ja schließlich verboten, nicht wahr? Die Sozialwissenschaften haben diesem Mythos natürlich unlängst widerlegt, aber selbst wenn man diese Aussage so stehen lässt, bleibt dennoch die Frage wo der Rechtsextremismus denn so blitzschnell nach der Wende aus dem „Nichts“ hervorgekommen ist?

Auch Anfang der neunziger Jahre waren viele der Meinung, dass das Problem sich von selber lösen würde: *„Wenn diese desorientierten Jugendlichen – (denn um die ging es ja schließlich, nicht wahr?) - erst einmal eine Freundin oder Frau haben, Kinder bekommen und einer geregelten Arbeit nachgehen, dann vergessen sie diesen ganzen Naziquatsch schon“*.

Jetzt sitzen wir hier am 28. März 2007 und das Thema Rechtsextremismus scheint aktueller den je. Wie gehen wir damit um?

Bei vielen wird der Ruf nach repressiven Maßnahmen und Verboten laut. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es bereits eine ganze Reihe an Verboten rechtsextremer Organisationen gegeben. Die neuen Organisationsformen der extremen Rechten, wie z.B. die Freien Kameradschaften, sind überhaupt erst durch den staatlichen Verfolgungsdruck entstanden, nachdem es Mitte der neunziger Jahre eine Verbotswelle rechtsextremer Organisationen gegeben hatte. Der „Schutzbund Deutschland“ z.B., wurde im Juli 2006 vom

Brandenburger Innenministerium verboten und hat sich in kürzester Zeit reorganisiert und tritt jetzt als „Bewegung neues Deutschland“ auf. Der „Märkische Heimatschutz“ hat sich, bevor ein Verbot überhaupt ausgesprochen werden konnte, selbst aufgelöst und reorganisiert. Auch wenn Verbote in Ausnahmefällen sinnvoll sein können, sollten wir als Demokraten Obacht geben, dass dies nicht zur Gewohnheit wird. Beim Ruf nach Verboten schwingt auch immer ein wenig der Ruf nach dem autoritären Staat mit.

**Wenn Demokratische Ideen etwas taugen, dann werden sie der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus schon standhalten. Doch die Verantwortung dafür trägt nicht der Staat allein!**

Rechtsextreme Organisationen haben in den letzten Jahren verstärkt die soziale Frage und die Globalisierung zu ihren zentralen Themen gemacht und sich dadurch immer mehr als Vertreter der „kleinen Leute“ profilieren können. In den letzten Wochen hat die NPD Flugblätter hier im Landkreis verteilt, in denen Sie Hartz IV Empfängern dazu raten ihr Recht auf bessere Unterstützung einzuklagen. Rechtsextreme Organisationen, insbesondere die NPD, gehen dort hin und leisten politische Basisarbeit, wo die demokratischen Parteien schon lange nicht mehr hingehen und wo kaum noch professionelle Jugendsozialarbeit geleistet wird: In die Plattenbauviertel der Kleinstädte und den strukturschwachen Regionen im ländlichen Raum.

Ein Schwerpunkt der NPD ist auf jedem Fall die Jugendarbeit. Auf dem Flugblatt der NPD Oberhavel, der vor der Antirassismusedemo in Oranienburg am vergangenen Mittwoch, den 21.03.2007, verteilt wurde, steht zum Beispiel: *„Oranienburg ist keine Hochburg rassistisch motivierter Gewalt... Dazu hat auch die politische Arbeit der NPD mit jungen Menschen beigetragen, die ihnen vor allem verdeutlichte, dass man Veränderung nicht mit unüberlegten, strafbewehrten Aktionen, sondern mit langfristiger Arbeit bewirken kann.“*

**Dort wo sich kommunale Verwaltung und Politik zurückziehen, füllen Rechtsextreme Organisationen oftmals die Lücke.**

Die Probleme, die im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus auf eine Kommune zukommen, können äußerst unterschiedlich gelagert sein: Ein unangenehmes Klima für Menschen mit dunkler Hautfarbe; rechtsextreme Jugendgewalt; rechtsextreme Veranstaltungen wie z.B. Tagungen oder Schulungen; rechtsextreme Demonstrationen und Aufmärsche; die Absicht eine Immobilie im Ort zu erwerben; die Unterwanderung von Organisationen wie z.B. dem Heimatverein, der Freiwilligen Feuerwehr, Bürgerinitiativen, usw.

Die Voraussetzungen dafür, mit diesen Problemen umzugehen sind von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich. Um diesen unterschiedlichen und in sich komplexen Problemen zu begegnen, sollten sich kommunale Verwaltung und kommunale Mandatsträger fit machen. Eine Professionalisierung der Kommune im Umgang mit Rechtsextremismus ist, als Ergänzung zudem was die Zivilgesellschaft leisten kann, unbedingt notwendig.

Im Februar diesen Jahres habe ich an einer Tagung in Potsdam teilgenommen, auf der Vertreter von Kommunen und Zivilgesellschaft über den Umgang mit unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus diskutiert haben. Besonders ist mir der CSU Vizebürgermeister aus Wunsiedel in Erinnerung geblieben. Er erzählte folgendes: *Als es im Jahr 2001 mit den Rechtsextremen Demonstrationen in Wunsiedel losging, war die Auffassung des ehemaligen Bürgermeisters, dass wenn alle Einwohner Zuhause bleiben und sich keiner für die rechtsextremen interessiere, sie es mit dem Demonstrieren irgendwann bleiben lassen würden. In den darauf folgenden Jahren verdoppelte sich jedes Jahr die Anzahl der rechtsextremen Demonstrationsteilnehmer. Die wichtigste Erkenntnis unserer Kommune aus diesem Lernprozess lautet:*

***Nichtbeachtung ist kein wirksames Mittel gegen Rechtsextremismus***

Aber Rechtsextremismus macht nicht bei dementsprechenden Parteien, Neonazistischen Organisationen oder sog. Kameradschaften halt, sondern bezieht seinen Resonanzboden

aus der Mitte der Gesellschaft. Der Rechtsextremismus hat, insbesondere in Deutschland, einen sehr schlechten Ruf (Man könnte auch ein wenig sarkastisch sagen: „Hitler hat dem Nationalsozialismus und somit dem Rechtsextremismus einen schlechten Ruf verpasst“), was in der heutigen Praxis aber dazu führt, dass offene Sympathiebekundungen für eine solche Ideologie selten an die Oberfläche gelangen. Unterschiedliche Studien, wie z.B. von der FU Berlin, der Universität Leipzig oder der Universität Bielefeld, haben immer wieder gezeigt, dass es ein relativ hohes rechtsextremes Einstellungspotential in der Bevölkerung gibt, welches alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten betrifft. Dieses rechtsextreme Einstellungspotenzial schlägt sich nicht zwangsläufig in Handeln um – *„Was die Nazis tun ist zwar irgendwie unschön, aber eigentlich haben sie gar nicht so unrecht“* - nur ein sehr kleiner Teil ist politisch aktiv. Viele Menschen mit einer Nähe zu rechtsextremen Gedankengut wählen auch nicht die NPD, sondern die ganz normalen demokratischen Parteien. Auf einer Sitzung eines Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus sagte mir eine Teilnehmerin allen ernstes einmal *„Ich verstehe gar nicht was die Rechten für ein Problem haben, wir haben es hier doch so gut, bei uns im Dorf gibt es doch gar keine Ausländer“*.

Rechtsextremismus ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern ein Dauerthema und die Debatte um demokratische Werte muss immer wieder aufs Neue geführt werden. Demokratie heißt, nicht alle Meinungen unkritisch zu akzeptieren und im besten Fall regelmäßig zur Wahl zu gehen, sondern sich eine eigene Haltung zu erarbeiten und klar Position zu beziehen.

Demokratie bedeutet Mitbestimmung und Mitgestaltung und das geht mit Verantwortung einher. Wer Verantwortung übernimmt, hat meistens viel Arbeit, diejenigen von Ihnen die in Gremien und Vereinen tätig sind können sicher ein Lied davon Singen. Wie heißt es so schön im Englischen *„there is no such thing as a free lunch“*, sinngemäß übersetzt *“Es gibt nicht umsonst in dieser Welt“*.

**Ein demokratisches Gemeinwesen in dem Rassismus, Antisemitismus und menschenverachtende Ideologien keinen Zuspruch finden, ist nur möglich wenn die Bürger dieses Gemeinwesens sich an der Basis dafür einsetzen.**

Ich habe in beeindruckender Weise heute beobachten können, dass sie dabei auf den besten Weg sind.

Was sind denn überhaupt demokratische Grundwerte? Was verstehe ich denn darunter und welche Konsequenzen ziehe ich daraus - für mich Persönlich, aber auch für die Organisationen in denen ich tätig bin?

Im Parteiprogramm der NPD zum Beispiel steht: *„Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen“*. Denken sie mal einen Moment lang über diesen Satz nach und stellen sie sich die Frage ob der für Sie und auch für Ihre Organisation mit den Werten vereinbar ist, die sie vertreten und auch gegebenenfalls verteidigen wollen?

Aufgrund meiner fünfjährigen Erfahrung als Berater, würde ich allerdings davor warnen sich an den Rechtsextremen abzuarbeiten. Es ist wichtig und richtig zum geeigneten Zeitpunkt Flagge zu zeigen, aber auf Dauer immer nur dagegen zu sein ermüdet und verliert meist relativ schnell an Dynamik.

Wichtig ist die Frage **„Wie möchten wir unser Gemeinwesen denn haben?“** Sollen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder geistiger sowie körperlicher Beschaffenheit bei uns wohl fühlen und an unserem Gemeinwesen mitwirken? Wenn Ja? Wie schaffen wir die Bedingungen dafür?!

**Der Einsatz für die Demokratie sollte nicht krampfhaft und verbissen geführt werden sodass er zur Last wird, sondern Demokratie muss auch Spaß machen.**